

Behörden Spiegel newsletter

Rettung. Feuer. Katastrophe.



Nr. 31 Berlin und Bonn

15. April 2021



ISSN 2699-9749



**Broemme
meint**

Pandemieberichte im Innenausschuss

(BS) Der Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages hatte am 12. April Sachverständige der Inneren Sicherheit, der Wissenschaft und der Bundeswehr eingeladen, um bei einer öffentlichen Anhörung eine Bilanzierung des Bevölkerungsschutzes in der Corona-Pandemie durchzuführen.

Bei reger Beteiligung von Mitgliedern des Bundestages trug der Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) seine neue Strategie vor, der Vorstandsvorsitzende des Zukunftsforum Öffentliche Sicherheit (ZOES) präsentierte Gedanken zur Corona-Strategie. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes erläuterte den Einsatz der Bundeswehr bei der Pandemiebekämpfung, ebenso die Präsidenten des Technischen Hilfswerks (THW) und des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) für ihre Bereiche.

Alle Fraktionen dankten den haupt- und ehrenamtlichen Akteuren für ihren Einsatz. Konsens war, dass in Deutschland vieles gut geklappt hat und manches verbesserungswürdig ist. Ich halte eine klarere Trennung zwischen den politischen Ebenen und dem Vollzug sowie die bessere Digitalisierung für Kernthemen.

Albrecht Broemme

Er war als Landesbranddirektor Leiter der Berliner Feuerwehr (1992-2006) und anschließend Präsident des THW (2006-2019).

"Wir brauchen mehr Zeit für das Impfen"

(BS) Medizinerinnen und Mediziner mehrerer Fachgesellschaften schlagen Alarm. Prof. Dr. Gernot Marx, Präsident der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), beschreibt das aktuelle Infektionsgeschehen als besonders besorgniserregend. Er fordert die Politik auf, schnell zu handeln und zwei Maßnahmen sofort umzusetzen.

Bis Ende April erwartet Marx einen Anstieg der Zahl der belegten Intensivbetten auf über 5.000. Grund dafür sei, dass man schon auf sehr hohem Niveau in die Dritte Welle gestartet ist. Die momentane Belegung entspricht dem Höhepunkt der Belegung aus der ersten Welle. Damit könnte die Dritte Welle wesentlich höher als die vorangegangene ausfallen. Neben dem hohen Anfangsniveau der Belegung macht den Medizinern die Mutante B.1.1.7 des Corona-Virus zu schaffen. Erste Erfahrungen deuten darauf hin, dass diese Variante aggressiver als andere ist. Marx macht nochmal klar, dass die Situation für Menschen auf den Intensivstationen dramatisch ist. Bei Patienten, die über 50 Jahre alt sind, würde jeder zweite versterben. Bei unter 50-Jährigen würde jeder fünfte eine Infektion auf einer Intensivstation nicht überleben. Prof. Dr. Steffen Weber-Carstens, Leiter des DIVI-Intensivregisters, erklärt dazu, dass in der jetzigen Welle rund 30 Prozent der Intensivpatienten zwischen 35 und 59 Jahre alt sind. Ebenso hat sich die Liegedauer erhöht. Dies liege seiner Einschätzung nach auch an der Mutante.

Ein Silberstreif am Horizont ist aber zu erkennen. Die Impfkation zeige schon erste Wirkungen. Es würden auf den Intensivstationen weniger über 80-Jährige eingeliefert. "Wir brauchen mehr Zeit für das Impfen", betont Marx eindringlich. Des-



Medizinerinnen und Mediziner erwarten einen weiteren Anstieg von Corona-Infizierten auf den Intensivstationen.

Foto: BS/sungmin cho, pixabay.com

halb fordert er konkrete Maßnahmen. Es bräuchte einen harten Lockdown von zwei bis drei Wochen, damit sich die Infektionszahlen verringern, und ein bundeseinheitliches Vorgehen.

Zu wenig freie Betten

Prof. Dr. Christian Karagiannidis, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Internistische Intensivmedizin und Notfallmedizin (DGIIN), illustriert die aktuelle Situation der Auslastung der Intensivstationen. So waren Anfang April in Bonn beispielsweise nur gerade noch drei Prozent der Intensivbetten frei. Dies sei ein kritischer Wert, da eigentlich acht bis zehn Prozent der Betten auf Intensivstationen freigehalten werden sollten, so Karagiannidis. Diese Betten müssten für andere unvorhersehbare Notfälle, wie Herzinfarkte, Schlaganfälle oder Autounfälle, freigehalten werden. Bei einer Umfrage unter den rund 1.200 Intensivstationen in Deutschland gaben rund 500 an, dass sie keine weiteren Intensivpatienten aufnehmen könnten.

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

Der Mediziner erwartet zwar keine Triage-Situation auf den Stationen aufgrund der Notfallreserven an Intensivbetten, jedoch sei die Lage sehr kritisch. Es müsste dann aber anders, was andere Behandlungen angeht, priorisiert werden.

Nachhaltige Folgen der Pandemie befürchtet

Welche Folgen eine solche Priorisierung hat, macht Prof. Dr. Frank Wappler, Präsident der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin (DGAI), deutlich. Damit Kapazitäten auf den Intensivstationen vorhanden sind, müssen andere Operationen, wie Tumoroperationen, abgesagt bzw. verschoben werden. Dies be-

deutet aber, dass ein Stau an Operationen entsteht. Selbst die Staus aus den vorherigen Wellen seien noch nicht abgebaut. Wappler schätzt, dass nach dem Ende der Pandemie die Krankenhäuser mit diesen Operationen über die jetzigen Kapazitäten ausgelastet seien werden. Dies sei ein Problem, was "uns auch noch nach der Pandemie begleiten wird", so Wappler.

Past Präsident der DIVI, Prof. Dr. Uwe Janssens, sieht als Folge der Pandemie noch ein weiteres Problem. Besonders der Mangel an Pflegepersonal auf den Stationen, der schon vor der Pandemie in den Krankenhäusern geherrscht habe, würde sich verschlimmern. Man habe einen Rückgang um 0,5 Prozent des Intensivfachpflegepersonals in der Krise festgestellt, so Janssens. Er befürchtet, dass der Anteil weitersteige.

Neue kommunale Plattform

(BS) Auf der neuen Plattform NeueStadt.org wird die gesamte Infrastruktur – die soziale wie materielle – beleuchtet und diskutiert. Nach Corona können Attraktivität und Zukunft der Stadt nur gesichert werden, wenn ihre Daseinsgrundfunktionen grundsätzlich neu austariert und vor neuen Krisen resilient gemacht werden. Neu denken, neu planen, neu handeln und neue Kooperationen in den Stadtgesellschaften und ihrem Umfeld sind Themen dieses Portals. Über unsere [Programmorschau von NeueStadt.org](http://Programmorschau.von.NeueStadt.org) informieren wir Sie über aktuelle Ver-



anstaltungen. Online werden stetig diverse Informations- und Beteiligungsformate angeboten und aus unseren Studios in Berlin und Bonn moderativ begleitet.

Infobox

Unsere anderen Angebote

(BS) In den aktuellen Ausgaben der weiteren Newsletter sowie der Podcasts des Behörden Spiegel finden Sie folgende Themen:

[Newsletter "Verteidigung. Streitkräfte. Wehrtechnik" vom 12. April:](#)

- Russisches "Säbelrasseln" gegenüber der Ukraine
- (Cyber-) Kriege der Zukunft

[Newsletter "Netzwerk Sicherheit" vom 12. April:](#)

- Wechsel an der Spitze des LKA Sachsen
- Geldautomaten: 349 Sprengungen

[Podcast "Public Sector Insider" vom 13. April:](#)

- Stark gewachsen: ITZBund
- Rechtliche Befugnisse bei Hasskriminalität

[Newsletter "E-Government, Informationstechnologie und Politik" vom 14. April:](#)

- Deutschland bekommt ein Zukunftszentrum
- Nahe am fortschreitenden Cyber-Konflikt
- 2,7 Millionen für digitalen Impfpass

DIGITALER  STAAT
WEBINAR.

Wieso, weshalb, warum – Dashboards als Analyseantwort für Bundes- und Landesbehörden

Donnerstag, 6. Mai, 10:00 – 11:30 Uhr



Olaf Nölle
Kundenberater, Disy Informationssysteme GmbH



Dominik Kumer
Kundenberater, Disy Informationssysteme GmbH



Keine statistische Erfassung beim BBK

(BS) Das Bundesinnenministerium (BMI) kann nicht mitteilen, wie oft das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) seit dem 1. Januar 2017 Aufgaben von obersten Bundesbehörden



Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK, Foto) kann andere Bundesministerien unterstützen. Wie oft das geschieht, wird allerdings statistisch nicht erfasst.

Foto: BS/BBK, Bata

wahrgenommen hat. Das werde statistisch nicht erfasst, heißt es auf eine schriftliche Einzelanfrage der Bundestagsabgeordneten Sandra Bubendorfer-Licht (FDP).

Gleiches gilt für die Frage, wie oft das BBK, das derzeit grundlegend neu strukturiert wird und zum Geschäftsbereich des BMI gehört, Expertise anderer oberster Bundesbehörden geteilt hat. Bekannt ist demnach hingegen jedoch zumindest, dass das BBK aktuell mehrere Bundesministerien unterstützt. Das gilt unter anderem im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) für die Betreuung des European Community Urgent Radiological Information Exchange (ECURIE), dem Schnellinformationssystem zwischen den EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission sowie der Schweiz und Kroatien im Fall einer radiologischen

Notstandssituation. Im Geschäftsbereich des Bundesgesundheitsministeriums (BMG) unterstützt das BBK zudem die Betreuung des EU-Early Warning and Response Systems (EWRS), dem Frühwarn- und Reaktionssystem zur unverzüglichen Information der Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission im Falle eines länderübergreifenden Seuchenausbruchs. Des Weiteren hilft das BBK dem BMG beim Aufbau einer Nationalen Reserve Gesundheitsschutz (NRGS). Und das Auswärtige Amt wird durch die bilaterale Projektzusammenarbeit mit Tunesien, Jordanien und der Ukraine unterstützt.

Der neue Präsident des BBK, Armin Schuster, will seine Behörde anders ausrichten. Die Bundesbehörde soll "Arbeitsmuskel" und Service-Dienstleister für andere Bundesressorts werden.

Weil Sie Gefahren nicht riechen können

Schützen Sie Leben und Gesundheit Ihrer Teams – mit tragbaren Gaswarngeräten, die gefährliche Gasentwicklung bei Rettungsarbeiten sofort erkennen. Sprechen Sie mit uns!

Wir kümmern uns drum.

Netze BW GmbH
Sparte Dienstleistungen
Telefon 0711 289-44148
gaswarngeräte@netze-bw.de
www.netze-bw.de/dienstleistungen



Ein Unternehmen der EnBW

 **Netze BW**
Sparte Dienstleistungen

Welche Kompetenzen braucht der Bund?

(BS) Der Bevölkerungsschutz in Deutschland erfreut sich einer Aufmerksamkeit, wie lange nicht mehr. Zu offensichtlich wurden die Defizite und Grenzen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in der Pandemie. Doch welche Konsequenzen aus der Krise gezogen werden sollen, wird scharf diskutiert. Nun wurden mehrere Experten im Innenausschuss des Bundestages zur "Bilanzierung des Bevölkerungsschutzes angesichts der Corona-Pandemie" angehört. Im Vordergrund stand wieder die Frage nach einer Kompetenzverschiebung zugunsten des Bundes.

Dr. Alexander Götz, Vorsitzender des Arbeitskreises V "Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung" der Innenministerkonferenz (IMK), sieht das Hilfeleistungssystem "trotz mancher Ermüdungserscheinungen" gut aufgestellt und "habe funktioniert". Es bedürfe keiner Zentralisierung von Kompetenzen, sondern eine bessere föderale Zusammenarbeit, um Maßnahmen im Bevölkerungsschutz zu koordinieren. Jedoch müsse die Vorsorgeplanung stärker werden. Es müssen dabei Akteure im Gesundheitsschutz stärker in die Pflicht genommen werden. Dies soll notfalls durch eine gesetzgeberische Tätigkeit untermauert werden. Die Reformen, die im Bevölkerungsschutz nun angestoßen werden, sollen auch schnell umgesetzt werden, forderte Götz.

Eine stärkere und permanentere Einbindung des Bundes in den Bevölkerungsschutz kann sich Gerd Friedsam, Präsident des Technischen Hilfswerks (THW), vorstellen. In der Anhörung plädierte er für eine Einrichtung von ressortübergreifenden Krisenstäben z. B. unter Federführung des Innenressorts. Die ressort- und ebenenübergreifende Stabsarbeit in Form einer Besonderen Aufbauorganisation (BAO) soll so schnellere und fundierte Entscheidungen ermöglichen und die Abstimmungen zwischen Bund und Ländern verbessern. Diese Krisenstäbe sollen bei allen Lagen aktiviert werden. Diese Stäbe sollen dann Lageberichte und Entscheidungsvorlagen den jeweiligen Staatskanzleien und dem

Bundeskanzleramt vorlegen. Auf Grundlage dieser Informationen sollen dann die Entscheidungen auf exekutiver Ebene getroffen werden. Diese Ablaufänderung bedürfe keiner Gesetzesänderung, zeigt sich Friedsam überzeugt.

Als Verfechter einer Grundgesetzänderung für mehr Kompetenzen des Bundes im Bevölkerungsschutz tritt Prof. Dr. Christoph Gusy, Lehrstuhlinhaber für Öffentliches Recht, Staatslehre und Verfassungsgeschichte an der Universität Bielefeld, auf. Katastrophe sei nicht gleich Katastrophe. Alle Katastrophen müssten deshalb ungleich gemanagt werden, so Gusy. Auch eine Pandemie kann weder komplett dezentral noch komplett zentral bewältigt werden. Es brauche eine Bewältigung vor Ort und eine zentrale Steuerung. Das Problem im deutschen Bevölkerungsschutz sei aber, dass das geltende Recht die Ebene zur Gefahrenabwehr in die Pflicht nimmt, die nicht immer am besten geeignet ist, eine Katastrophe zu bewältigen.

Umgekehrt sei es jedoch sinnvoller: "Im Bundesstaat sollte dafür stets diejenige Ebene zuständig sein, die die Aufgaben

nach ihrer Ressourcenausstattung am besten wahrnehmen kann", so der Rechtswissenschaftler. Daraus folgt für ihn, dass es einer Neujustierung im Bevölkerungsschutz bedarf. Es brauche eine Grundgesetzänderung, damit der Bund bei bundesweiten Katastrophen Vollzugskompetenzen bekommt. Dies könne durch eine Bundesbehörde für den Katastrophenschutz geschehen, die ergänzend zu den Landesbehörden aktiv wird. "Je eher eine Katastrophe bundesweit wirkt, desto eher muss der Bund zuständig sein", zeigt sich Gusy überzeugt.

In Sachen Infektionsschutz ist der Bund schon einen Schritt weiter und will sich weitere Kompetenzen sichern. Mit dem Entwurf eines "Vierten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite" sollen zwei Lücken im Infektionsschutzgesetz (IfSG) geschlossen werden. Der Gesetzesentwurf beinhaltet zum einen die lange diskutierte bundesweite Notbremse ab einem dreitägigen Inzidenzwert von über 100. Zum anderen soll die Bundesregierung ermächtigt werden, Rechtsverordnungen zu erlassen. Der Entwurf des Gesetzes findet sich [hier](#).

iconos® Lösungen zur Waldbrandbekämpfung
www.iconos-system.com

iconos® Feuerbock 2L	iconos® Löschexpress	iconos® Düsen Schlauch	iconos® Kreisregner
			

iconos® Vertriebs GmbH
Tel.: 0203-741469 · www.iconos-system.com

Hilfreich, aber kein vollständiger Ersatz

(BS) Drohnen haben für Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) zahlreiche Vorteile. Das gilt auch für den nicht-polizeilichen Bereich. Allerdings stößt die Nutzung dieses Einsatzmittels auch an Grenzen. Und ganz ohne menschliche Unterstützung geht es (noch) nicht.

Denn die unbemannten Systeme können derzeit noch nicht selbst aktive Hilfe leisten. Dafür braucht es immer eine Einsatzkraft. Zudem seien sie nicht an allen Stränden und Gewässern einsetzbar, gibt der Projektleiter Drohnen des Bundesverbandes der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Alexander Kille, zu bedenken. Dennoch seien die Geräte für seine Organisation ein attraktives Einsatzmittel und bei der DLRG-Wasserrettung auch schon länger im Einsatz. Denn durch sie würden ein senkrechter Blick ins Wasser sowie eine Übersicht aus großer Höhe ermöglicht. Außerdem schafften die Drohnen eine neue Perspektive für die Helfer und ermöglichten das systematische Absuchen



Bei der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) sind Drohnen im Bereich der Wasserrettung bereits länger im Einsatz. Ersetzen könnten sie den Menschen jedoch noch nicht, betont der Projektleiter Drohnen bei der Hilfsorganisation, Alexander Kille.

Screenshot: BS/Feldmann

von Gewässern, ohne auf Faktoren wie Strömungen oder Wellengang Rücksicht nehmen zu müssen, erläuterte Kille. Der bayerische DLRG-Landesverband erprobe derzeit sogar den Einsatz der Geräte unter Wasser, die eine sinnvolle Ergänzung bestehender Einsatzmittel darstellten und eine hohe Akzeptanz bei den Einsatzkräften genossen. Als am erfolgversprechendsten identifizierte Kille auf dem digitalen Katastrophenschutzkongress des Behörden Spiegel eine Kombination aus Mensch, Tier und Technik.

Geld für Feuerwachen

(BS) Das Land Nordrhein-Westfalen stellt 22,9 Millionen Euro für 119 Bauprojekte von Feuerwehren zur Verfügung. Das Geld wird im Rahmen des Programms "Feuerwehrehäuser in Dörfern" vergeben.

Beiden Projekten handelt es sich selten um reine Renovierungen. Da viele Feuerwehrehäuser in NRW in einem baulich schlechten Zustand sind und die Gebäude sowie die Infrastruktur nicht mehr den neusten Sicherheitsvorkehrungen entsprechen, sind häufig Anbauten nötig. In diesen Anbauten sollen Räumlichkeiten für eine sichere Schwarz-Weiß-Trennung, Räume für die Jugendfeuerwehr oder für neue Fahrzeugstellplätze Platz finden.

"Im Rahmen des Sonderauftrags "Feuerwehrehäuser in Dörfern" wurde bewusst ein schlankes Antragsverfahren gewählt, damit möglichst viele Gemeinden unkompliziert von dem neuen Förderangebot profitieren können", erklärte Ina Scharrenbach (CDU), die nordrhein-westfälische Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung. Im kommenden Jahr soll es einen weiteren Sonderauftrag für Bauprojekte von Feuerwehrehäusern geben. Die Antragsfrist für das Programmjahr 2022 endet am 30. September 2021.

Vier Sprengungen an einem Tag

(BS/Sandra Kirschbaum*) Auswertungen von Luftbildaufnahmen und Sondierungen ergaben ein eindeutiges Bild: Vier Bombenblindgänger vermuteten die Kampfmittelexperten des Landes Niedersachsen im



Zum Schutz kamen in der Göttinger Innenstadt 72 Container zum Einsatz.

Foto: BS/Bloedorn Container GmbH

Boden nahe der Göttinger Innenstadt – mitten im dicht bebauten Gebiet mit Wohnhäusern, Kirche und Caritaszentrum. Da in dieser Region im Zweiten Weltkrieg zu einem guten Teil Bomben mit Langzeitzündern abgeworfen wurden, lag der Verdacht nahe, dass es sich auch diesmal um diesen Typ Kampfmittel handeln würde und mit einer Sprengung gerechnet werden muss. Alle vier Verdachtspunkte bestätigten sich. Thorsten Lüdeke vom Kampfmittelräumdienst Niedersachsen machte diese am Ende eines langen Tages unschädlich.

Zum Schutz der umliegenden Gebäude entschieden sich die Experten für Schutzwände aus Seecontainern. Das Dortmunder Unternehmen Bloedorn Container hat sich auf solche Einsätze spezialisiert und bietet

Lieferung, Montage und Befüllung mit Wasser aus einer Hand. In Göttingen kamen 72 20-Fuß-Container zum Einsatz, die zu insgesamt vier Schutzwänden zusammengesetzt wurden. 65 der 72 Container wurden zusätzlich mit je 24.000 Litern Wasser befüllt – insgesamt kam so eine Masse von 1.718 Tonnen zusammen. "Die Container haben genau das gebracht, was wir erwartet und natürlich gehofft haben. Dank der Fachkenntnis und Erfahrung der Kollegen von Bloedorn Container konnte die kontrollierte Sprengung ohne Zwischenfälle gelingen", lautete das Fazit von Christian Schmetz, Erster Stadtrat und Krisenstabsleiter.

*Sandra Kirschbaum ist bei der Bloedorn Container GmbH tätig.

"Es wird von mir keine Alleingänge geben!"

(BS) Der neue Präsident des Deutschen Feuerwehrverband (DFV), Karl-Heinz Banse, ist nun einen Monat im Amt. Wie er sich die Arbeit mit seinen Vizepräsidenten und den Kritikern vorstellt, erklärt Banse im Interview. Die Fragen stellten Marco Feldmann und Bennet Klawon.

Behörden Spiegel: *Ist der viel beschworene Neubeginn im DFV mit den fünf Vizepräsidenten, die Hartmut Ziebs zum Rücktritt zwangen, überhaupt möglich?*

Karl-Heinz Banse: Ja. Die Vizepräsidenten sind in der 67. Delegiertenversammlung mit jeweils mehr als 60 Prozent der Stimmen in einer Vertrauensabstimmung bestätigt worden. Nach der Erfahrung in meinen bisherigen Funktionen und auch jetzt als DFV-Präsident gehe ich auch für die Zukunft von einer gedeihlichen, vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit mit allen Vizepräsidenten aus.

Behörden Spiegel: *Wie wollen Sie das Vertrauen innerhalb des Verbandes und zu den Landesverbänden wiederherstellen?*

Banse: Einer der ersten Schritte war für mich, den direkten Dialog mit dem Verband der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen (VdF NRW) und dem Landesfeuerwehrverband Sachsen-Anhalt zu eröffnen. Mit dem Vorstand des VdF NRW und dem DFV-Präsidium hat es bereits ein erstes Treffen gegeben; auch mit dem LFV Sachsen-Anhalt wird es persönlichen Austausch geben. Dieser Dialog wird weiter fortgesetzt. Natürlich will ich mich auch mit den Akteuren der anderen Landesfeuerwehrverbände austauschen.

Behörden Spiegel: *In den Sozialen Medien liest man häufig in Kommentaren zum DFV den Hashtag #nichtmeinDFV. Wie wollen Sie das Verhältnis zwischen DFV und der Basis verbessern?*

Banse: Mich haben nach meiner Wahl zum DFV-Präsidenten sehr viele persönliche Glückwünsche erreicht – viele davon



Karl-Heinz Banse wurde Ende Februar zum Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbandes (DFV) gewählt. Foto: privat

auch über die Sozialen Medien. Häufig erhielt ich auch die Rückmeldung, dass sich Kameradinnen und Kameraden für den DFV hätten positionieren wollen, dies aber aus Angst, dafür mit direkten Angriffen in den Sozialen Medien attackiert zu werden, nicht getan hatten. Ich will erreichen, dass wir wie in jedem demokratischen System den offenen Meinungs austausch ermöglichen – aber ohne, dass es persönliche Beleidigungen oder Mobbing gibt. Konstruktive Kritik ist zielführend, destruktive Kritik finde ich verachtenswert.

Behörden Spiegel: *Werden Sie die interne Affäre rund den ehemaligen DFV-Präsidenten Hartmut Ziebs aufarbeiten? Was soll das nächste Mal bei internen Streitigkeiten besser gemacht werden?*

Banse: Die fünf Vizepräsidenten hatten bewusst nicht den Weg des öffentlichen

Anprangerns gewählt. Sie hatten keinerlei öffentliche Vorwürfe oder Angriffe geäußert, sondern den DFV-Gremien ihre Gewissensentscheidung mitgeteilt. Zum Schutz des Deutschen Feuerwehrverbandes hatte sich das Präsidium bewusst nicht an einer öffentlichen Schlammschlacht beteiligt. Interne Streitigkeiten sollten möglichst auch intern geklärt werden. Sollten künftig interne Konflikte nach außen getragen werden, werde ich bemüht sein, diese unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte der Betroffenen möglichst transparent aufzuarbeiten.

Behörden Spiegel: *Kommen Sie dem Ruf vom VdF NRW nach einer externen Aufklärung der Sexismus- und Rassismuskritik nach?*

Banse: Es gibt seit Sommer 2020 ein arbeitsgerichtliches Verfahren der Bundesgeschäftsführerin mit dem DFV. Mit dem Verfahren vor dem Arbeitsgericht Berlins soll nunmehr geklärt werden, ob es Verstöße gegen das Antidiskriminierungsgesetz gegeben hat. Auf Grund des Schutzes von Persönlichkeitsrechten sowohl von Dritten als auch der Bundesgeschäftsführerin sind in unserem Rechtsstaat die Gerichte dafür zuständig, zu einzelnen vermeintlichen Vorwürfen Stellung zu nehmen. Im Anschluss an den Arbeitsrechtsprozess werden die aufgezeigten Einzelfälle von einem unabhängigen Personenkreis unter Beteiligung der Bundesfrauensprecherin aufgearbeitet. Der Präsidialrat, und damit selbstverständlich auch der VdF NRW, wird über den Fortgang informiert.

Jeden Dienstag neu
Behördenwissen zum Reinhören

- Aktuelles zum Öffentlichen Dienst
- Interviews mit Studiogästen
- Kommentar zur Lage des Öffentlichen Dienstes
- Relevante und fundierte Hintergrundanalysen

behoerden-spiegel.de/podcast

PUBLIC SECTOR INSIDER

Der Podcast des Behörden Spiegel

Kuschelige Trostpender

(BS) Die Berliner Feuerwehr hat neue Trostbären für ihre Rettungswagen erhalten. Von der Deutschen Teddy-Stiftung wurden exakt 112 Exemplare übergeben. Sie sind für traumatisierte, verängstigte oder eingeschüchterte Kinder an Einsatzstellen vorgesehen.

Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst, Dr. Stefan Poloczek, nahm die neuen Teddybären in Empfang und erklärte: "Sind in unseren Einsätzen Kinder betroffen, ist das immer besonders emotional. Sie benötigen unsere besondere Zuwendung und Empathie. Der Trostbär hat sich in vielen Notlagen als sehr wertvoller Brückenbauer erwiesen, sodass wir auch den kleinsten Patientinnen

und Patienten auf Augenhöhe begegnen können." Seit 2011 wird ein Großteil der Rettungswagen der Berliner Feuerwehr mit solchen Trostbären ausgestattet. Finanziert werden die Trostbären über Spenden, zum Beispiel von Vereinen oder Privatpersonen. Darüber hinaus gibt es eine Kooperationsvereinbarung zwischen der Deutschen Teddy-Stiftung e. V. und der Senatsverwaltung für Inneres und Sport zur Mitfinanzierung der Ausstattung der Rettungsfahrzeuge mit Teddybären für Kinder in Notlagen. Innerhalb der Berliner Feuerwehr gibt es ehrenamtliche Botschafter, die sich um die Verteilung der Bären auf den Dienststellen kümmern.



Die Berliner Feuerwehr hat neue Trostbären (Foto) erhalten.

Foto: BS/Berliner Feuerwehr

Nachwuchsgewinnung in BB gefördert

(BS) "Junge Menschen, die sich freiwillig in ihrer Freizeit in Feuerwehren engagieren, sind die Feuerwehrfachkräfte von morgen", sagt Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU). Deshalb investiert das Land Brandenburg in die Nachwuchsgewinnung des Brand- und Katastrophenschutzes. Dazu soll die neue Richtlinie zur Förderung der Nachwuchsgewinnung im Brand- und Katastrophenschutz (BKS-Nachwuchsgewinnungsrichtlinie) helfen.

Die neue Richtlinie soll ein einfacheres und schnelles Antragsverfahren gewährleisten und umfasst einen konkreten Maßnahmenkatalog. Unter anderem sollen

Werbematerialien und Veranstaltungen zur Nachwuchsgewinnung, Ausgaben zur Verbesserung der Arbeit in den Jugendfeuerwehren oder Jugendorganisationen einer im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisation und die Schutzbekleidung für jedes aktive Mitglied in einer Jugendfeuerwehr oder Hilfsorganisation, Materialien der Erste-Hilfe-Ausbildung oder der Ausbildung im Bereich Rettungsschwimmen gefördert werden. Mit der BKS-Nachwuchsgewinnungsrichtlinie wurden zudem die Informationen und Unterlagen für die Antragstellung überarbeitet. Dies soll ein schnelleres Genehmigungsverfahren er-

möglichen. "Mit der verbesserten Richtlinie versuchen wir aber auch, noch mehr Kinder und Jugendliche für ein Ehrenamt im Brand- und Katastrophenschutz zu begeistern. Gerade im Waldbrand-Hotspot Brandenburg sind starke Feuerwehren und Hilfsorganisationen unerlässlich", so Stübgen.

Die BKS-Nachwuchsgewinnungsrichtlinie wurde vor zwei Jahren gestartet und lief Ende des vergangenen Jahres aus. 2020 konnten mit dieser Förderrichtlinie 84 von 121 Anträgen genehmigt werden.

Die neue BKS-Nachwuchsgewinnungsrichtlinie findet sich [hier](#).

WEBKONFERENZ

NEUE MOBILITÄT

Strategien für Kommunen und öffentliche Fuhrparks

6. Mai 2021

Eine Veranstaltung des **Behörden Spiegel**

Corona und die Gefahrenabwehr – Erfahrungen und Lehren

(BS/Wolfgang Duveneck*) Die Erfahrungen und Konsequenzen aus der Corona-Pandemie für die Gefahrenabwehr stehen im Mittelpunkt der 67. Jahresfachtagung der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb). Experten aus Wissenschaft und Industrie, von Behörden, Feuerwehren und Rettungsdiensten werden auf dem dreitägigen Kongress vom 10. bis 12. Mai in rund 50 Vorträgen und Diskussionen über das aktuelle Geschehen und die Konsequenzen berichten. Die Veranstaltung, die ursprünglich im westfälischen Münster geplant war, findet wegen der nach wie vor angespannten Pandemielage ausschließlich online statt. Nähere Informationen und Anmeldungen finden sich [hier](#).

"Wir bedauern sehr, dass wir auch in diesem Jahr auf eine Präsenzveranstaltung verzichten müssen", sagt vfdb-Präsident Dirk Aschenbrenner. "Denn auch die persönlichen Begegnungen haben über Jahrzehnte den Charakter unserer Fachtagungen bestimmt. Dennoch bin ich sicher, dass die vielen hochkarätigen Vorträge mit einem Spektrum rund um Themen aus den Bereichen Schutz, Rettung und Sicherheit auch diesmal auf großes Interesse stoßen werden." Schon bei den vergangenen Fachtagungen habe die Digitalisierung in Deutschland einen Schwerpunkt im Programm gebildet. "Die Problematik – zweifellos durch die aktuelle Situation noch verstärkt in den Fokus gerückt – wird auch diesmal breiten Raum einnehmen", so Aschenbrenner.

Vielfältige Themen auf dem dreitägigen Online-Kongress

Forschung in der Gefahrenabwehr, die Herausforderungen bei der Vegetationsbrandbekämpfung, moderne Fahrzeugtechnologien, Einsatzhygiene sowie vorbeugender und abwehrender Brandschutz gehören ebenso zu den unterschiedlichen Themenkomplexen wie betriebliches Krisenmanagement, Forschung in der Praxis, die Zukunft der Feuerwehr und Aktuelles aus dem Rettungswesen. Ferner berichten Experten aus erster Hand über internationale Großschadenslagen wie die Waldbrände in Kalifornien und die Explosion in Beirut

im vergangenen Jahr. Auch Themen aus der ursprünglich gastgebenden Stadt Münster gehören zum Programm – so die Erfahrungen aus einem Einsatz, der bundesweit für Schlagzeilen sorgte: Vor drei Jahren lenkte dort ein 48-jähriger Mann einen Kleinbus in eine Menschenmenge. Vier Passanten starben, mehr als 20 wurden verletzt. Die 67. Jahresfachtagung der Vereinigung zur

Förderung des Deutschen Brandschutzes (vfdb) findet vom 10. bis zum 12. Mai als Online-Kongress statt. Informationen zum Programm und zur Anmeldung finden sich [hier](#).

**Wolfgang Duveneck ist Pressesprecher bei der Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes e.V. (vfdb).*

Wechsel beim DRK

(BS) René Burfeindt tritt am 2. August 2021 die Nachfolge von Dr. Johannes Richert als Leiter des Bereichs "Nationale Hilfsgesellschaft" beim Deutschen Roten Kreuz (DRK) an. Richert wird im Sommer seine berufliche Laufbahn beenden.

Burfeindt ist seit über 15 Jahren haupt- und ehrenamtlich bei der Hilfsorganisation tätig. Zuletzt hatte er die Position als stellvertretender Geschäftsführer der DRK Hamburg mediservice gGmbH inne. Der Bereichsleiter in spe hat Rettungswesen, Management und Social Innovation an den Universitäten von Hamburg, Edinburgh und Cambridge studiert. Als Bereichsleiter "Nationale Hilfsgesellschaft" wird Burfeindt die strategische Ausrichtung verantworten, Gesetzesinitiativen begleiten und das DRK als nationale Hilfsgesellschaft innerhalb und außerhalb der Rotkreuzorganisation vertreten.



René Burfeindt (Foto) tritt die Nachfolge von Dr. Johannes Richert an.

Foto: BS/Cambridge Centre for Social Innovation

Koch folgt auf Rudolph

(BS) Michael Koch ist neuer brandenburgischer Landesbranddirektor. Der 55-Jährige tritt die Nachfolge Heinz Rudolphs an, der weiterhin Leiter der Landesfeuerwehrschule in Eisenhüttenstadt bleibt. Koch fungierte bereits seit 2019 als Stellvertreter des Landesbranddirektors. Er hatte damals die Aufgabe zusätzlich zu seiner Funktion als Leiter der Stabsstelle zur Weiterentwicklung der Landesfeuerwehrschule übernommen. Der 55-Jährige ist seit Juli 2017 im Innenministerium tätig. Zuvor sammelte er mehrere Jahre Einsatzerfahrung als Leiter der Berufsfeuerwehr Jena. Sein Vorgänger Heinz Rudolph war seit dem 8. Mai 2015 als Landesbranddirektor tätig. Er nahm die Aufgabe parallel zu seiner Funktion als Leiter der Landesschule und Technischen Einrichtung für den Brand- und Katastrophenschutz wahr. Der 59-jährige Rudolph ist seit knapp 40 Jahren im Dienst der Feuerwehr aktiv.



Michael Koch (55) ist neuer Brandenburger Landesbranddirektor.

Foto: BS/Innenministerium Brandenburg



Foto: Michael Stiffler, stock.adobe.com

WEBINAR

Beschaffung von Einsatzfahrzeugen für die Feuerwehr

Vergabeverfahren, Leistungsbeschreibung, Angebotsprüfung und -wertung, Abnahme

23. Juni 2021, 09:30 Uhr – 17:30 Uhr, München

Anhand von anschaulichen Beispielen vermittelt das Webinar grundlegendes Wissen darüber, wie einerseits unter Berücksichtigung der aktuellen Rechtslage ein wirtschaftliches und rechtskonformes Vergabeverfahren durchgeführt und andererseits eine ordnungsgemäße Leistungserbringung sichergestellt werden kann.

Ihre Referenten:

Günther Pinkenburg, LL.M., Rechtsanwalt, Fachanwalt für Vergaberecht. Seit 1991 aktives Feuerwehrmitglied, Ausbilder und Führungsdienstgrad. Mitwirkung im Fachbereich 2 des Landesfeuerwehrverbandes Bayern.

Thomas Zawadke, Dipl.-Ing. (FH) Fahrzeugtechnik, selbständiger Beratungs- und Entwicklungsingenieur. Seit 1973 aktives Feuerwehrmitglied. Lehrauftrag „Feuerwehrfahrzeugtechnik“ an der Hochschule Ulm. Mitarbeit im DIN in den drei Arbeitsgremien für Löschfahrzeuge, Sonderfahrzeuge und Ausrüstung.

Weitere Informationen und Anmeldung unter: www.fuehrungskraefte-forum.de; Suchwort „Feuerwehr“

Falls die Veranstaltungen aufgrund der Pandemielage nicht vor Ort durchgeführt werden können, bieten wir die Inhalte in Rücksprache mit den Teilnehmenden am selben Tag virtuell an.

Impressum

Herausgeber und Chefredakteur von Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe.: Uwe Proll.

Redaktionelle Leitung: Marco Feldmann, Bennet Klawon. Redaktion: Dorothee Frank, Jörn Fieseler, Guido Gehrt, Dr. Barbara Held, Malin Jacobson, Lora Köstler-Messaoudi, Gerd Lehmann, Thomas Petersdorff, Dr. Gerd Portugall, Dr. Eva-Charlotte Proll, Paul Schubert, Benjamin Stiebel. Online-Redaktion: Michael Harbeke, Ann Kathrin Herweg, Tanja Klement, Tim Rotthaus. Redaktionsassistentz: Kirsten Klenner, Kerstin Bauer (Berlin).

ProPress Verlagsgesellschaft mbH, Friedrich-Ebert-Allee 57, 53113 Bonn, Telefon: 0049-228-970970, Telefax: 0049-228-97097-75,

E-Mail: redaktion@behoerderspiegel.de; www.behoerderspiegel.de. Registergericht: AG Bonn HRB 3815. UST-Ident.-Nr.:DE 122275444 - Geschäftsführerin: Helga Woll.

Programmbeirat: Gerd Friedsam, Christoph Flury, Ulrich Grüneisen, Siegfried Jachs, Peter-Michael Kessow, Dr. Johannes Richert, Rainer Schwierczinski, Jochen Stein, Robert Stocker, Christoph Unger. Der Verlag hält auch die Nutzungsrechte für die Inhalte von "Behörden Spiegel Newsletter Rettung. Feuer. Katastrophe". Die Rechte an Marken und Warenzeichen liegen bei den genannten Herstellern. Bei direkten oder indirekten Verweisen auf fremde Internetseiten ("Links"), die außerhalb des Verantwortungsbereiches des Herausgebers liegen, kann keine Haftung für die Richtigkeit oder Gesetzmäßigkeit der dort publizierten Inhalte gegeben werden.